

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
Band: - (2003)
Heft: 57

Artikel: "Starke Diskrepanz zwischen Europa und der Dritten Welt"
Autor: Bucheli, Erika / Nowotny, Helga
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-551449>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Starke Diskrepanz zwischen Europa und der Dritten Welt»

von ERIKA BUCHELI
FOTOS DOMINIQUE MEIENBERG

Der kürzlich gestoppte Freilandversuch mit Gentechnik-Weizen der ETH Zürich stösst in der Bevölkerung auf Widerstand. Dies sei tragisch, sagt Helga Nowotny*, da in der Schweiz Nutzen und Risiken der grünen Gentechnologie unabhängiger untersucht werden könnten als in den USA.

HORIZONTE: Aus wissenschaftlicher Sicht ist der ETH-Versuch mit gentechnisch verändertem Weizen völlig ungefährlich. Trotzdem sind die Widerstände gross. Hat die Forschung ein Kommunikationsproblem?

Helga Nowotny: Zunächst: Das ist nicht nur ein Problem der Schweiz. Eine vor kurzem veröffentlichte EU-Studie hat einen europaweit drastischen Rückzug an Anträgen für Freisetzungsversuche ergeben. 39 Prozent der Befragten mussten in den letzten vier Jahren ihre GVO-Forschungsprojekte zurückziehen. Das Problem geht also tiefer als nur mangelnde oder zu spät einsetzende Kommunikation. Der für Forschung zuständige EU-Kommissär Philippe Busquin spricht offen von der Gefahr, dass Europa in der weiteren Entwicklung der Biotechnologie von den USA abgehängt wird, da europäischen Biotechunternehmen nicht viel anderes übrig bleibt, als ihre Forschungstätigkeit in die USA zu verlegen. In manchen Ländern, wie Deutschland, gibt es ein historisch begründbares Misstrauen gegenüber jeder Art von genetischen Experimenten. In anderen Ländern, die selbst noch über eine eigene Landwirtschaft verfügen, gibt es eine Mischung von Ablehnung gegenüber den grossen internationalen Agrarkonzernen und einem Naturverständnis, das meint, die Natur dulde keine Eingriffe – obwohl die Menschheit bisher nichts anderes getan hat, als sie zu verändern.

Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten warten nicht auf Gentechnik-Nahrungsmittel. Forschen die Gentechnologen an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei?

Nein, die ETH-Forscher haben völlig Recht, dass sie diese Art von Forschung für wichtig erachten. Nur wird sie leider zur falschen Zeit und am falschen Ort durchgeführt, weil der Widerstand bereits zu gross ist. Fragen der Sicherheit von gentechnisch veränderten Pflanzen bleiben international gesehen weiterhin oben auf der Forschungsaufgabe. Die Tragik des Falls sehe ich darin, dass diese Forschung absolut notwendig ist und dass gerade sie verhindert wird. Was von der hiesigen Öffent-

lichkeit freilich nicht mitbedacht wird, ist die Tatsache, dass diese Art von Forschung etwa an der ETH nicht der Art von Druck von Seiten der Industrieinteressen ausgesetzt ist, wie dies in den USA oft der Fall ist. Es wären also hierzulande die besseren Forschungsbedingungen gegeben, um festzustellen, ob und welche etwaigen Risiken mit gentechnisch verändertem Weizen verbunden sind. Doch lokal herrscht in der Regel das Sankt-Florians-Prinzip.

Würde sich die Forschung nur an den Wünschen und Ängsten der Bevölkerung orientieren, wären vermutlich viele Errungenschaften in weiter Ferne.

In diesem konkreten Fall sehe ich eine starke Diskrepanz zwischen den europäischen Ländern und der Dritten Welt. In Europa ist einerseits der Bedarf nach gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln aufgrund des Wohlstandes nicht vorhanden. Andererseits war der Markt unfähig, solche Bedürfnisse zu wecken. In China hingegen, wo eine Bevölkerung von einer Milliarde Menschen zu ernähren ist, werden derzeit grosse Anstrengungen gemacht, eine eigenständige gentechnisch veränderte Landwirtschaft aufzubauen, die nicht von internationalen Konzernen abhängig ist. Leider wird die Situation in den Ländern der Dritten Welt durch gegenseitige Schuldzuweisungen nicht besser, wie sie kürzlich zwischen den USA und der EU auftraten, als einige afrikanische Länder dringend Nahrungsmittel bedurft hätten, egal ob gentechnisch veränderte oder nicht. Im Gegenteil, wir Europäer und Amerikaner tragen unsere ökonomischen Interessenskonflikte unter einem moralischen Mäntelchen auf dem Rücken der Ärmsten aus.

Im Bereich der Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen ist die öffentliche Diskussion trotz grossen Anstrengungen nicht in Gang gekommen. Ist die Diskussion um solch komplexe Fragen eine Illusion?

Dies ist ein interessantes Beispiel, in dem die Bevölkerung sich durch die



potentiellen Möglichkeiten, die Wissenschaft und Forschung eröffnen, derzeit nur mässig angesprochen fühlt. Das Hauptinteresse lag sehr wohl bei jenen, die sozusagen aus professionellen Gründen die Diskussion vorangetrieben haben – allerdings mit Argumenten, die von der Bevölkerung nicht als diejenigen angesehen wurden, die ihr unter den Nägeln brennen. Ich glaube, das muss man akzeptieren.

Bei der Embryonenforschung scheint die Diskussion auf völlig verschiedenen Ebenen zu laufen: Die einen sind grundsätzlich gegen die Forschung mit menschlichen Embryonen, die anderen argumentieren mit dem möglichen Nutzen. Sehen Sie einen Ausweg aus diesem Dilemma?

Warum soll ein Moratorium immer nur für die Forschung vorgeschlagen werden und nicht auch für öffentliche Diskurse, wenn sie nicht richtig vom Fleck kommen? Dort, wo gesetzlicher Handlungsbedarf besteht, muss – unter Berücksichtigung der demokratischen Spielregeln und entsprechender Konsultationen – entschieden werden. Dies ist in der Schweiz aus meiner Sicht in befriedigender Weise gelungen.

Welche Möglichkeit sehen Sie, den Austausch in Gang zu bringen, bevor die Fronten derart verhärtet sind?

Die nächste Runde kommt bestimmt. In Zukunft werden wahrscheinlich andere Themen die Diskussion zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit beherrschen. In den USA hat bereits eine Diskussion um Bioterrorismus und die dadurch verlangten Einschränkungen der Publikationsfreiheit oder der Freizügigkeit von ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingesetzt. Früher oder später werden wir auch in Europa Ähnliches erleben. Die Kluft zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit wird sich dann vermutlich verringern, da es um Fragen geht, die entlang politischen Grundsätzen verlaufen.

Bräuchte es eine bessere Ausbildung der Forschenden für den Austausch mit der Gesellschaft?

In der Regel werden solche Fragen erst dann gestellt, wenn die Krise bereits voll im Gang ist. Die Antwort lautet selbstverständlich Ja. Gleichzeitig muss ich davor warnen zu meinen, man könnte durch einen Schnellkurs in «Kommunikation» oder «Ethik» das Problem beheben. Die Bevölkerung ist sehr hellhörig gegenüber kurzfristigen opportunistischen Kommunikationsstrategien. Nötig ist eine langfristige Umorientierung, die auf einer grösseren Bereitschaft zur Öffnung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft beruht. Die Sozialwissenschaften, beispielsweise die Wissenschaftsforschung, haben in den letzten Jahren sehr viel über diese Probleme gelernt und können ihr Wissen den Naturwissenschaften zur Verfügung stellen. ■

*Helga Nowotny war bis 2002 Professorin für Wissenschaftsphilosophie und Wissenschaftsforschung der ETH Zürich und leitete das Collegium Helveticum. Heute steht sie dem wissenschaftlichen Beirat der Europäischen Kommission (Eurab) vor und ist Direktorin des Post-Doc-Stipendienprogramms «Society in Science: The Branco Weiss Fellowship» www.society-in-science.ethz.ch